

FDP des Kantons Thurgau  
Postfach  
CH-8280 Kreuzlingen  
Tel: +41 (71) 672 17 20  
Fax: +41 (71) 672 17 30  
E-Mail: [info@fdpthurgau.ch](mailto:info@fdpthurgau.ch)  
Web: [www.fdp-tg.ch](http://www.fdp-tg.ch)

FDP Schweiz  
Generalsekretariat Herr Bruno Henggi  
Neuengasse 20 / Postfach 6136  
CH-3001 Bern  
E-mail: [henggi@fdp.ch](mailto:henggi@fdp.ch)

Kreuzlingen, 18. Februar 2007

### **Vernehmlassung zum Diskussionspapier der FDP Schweiz "Gerechte Schweiz"**

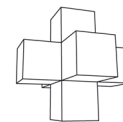
Sehr geehrter Herr Henggi, sehr geehrte Damen und Herren

Einmal mehr wird von den Kantonalparteien eine Vernehmlassung mit einer sehr kurzen Frist erwartet. Wenn auch wir uns für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken und diese gerne wahrnehmen, möchten wir Ihnen in Erinnerung rufen, dass unsere Exponenten alle im Milizsystem arbeiten und dem entsprechend kaum in der Lage sind, so kurzfristig zu reagieren. Des Weiteren lagen die Sportferien innerhalb der Vernehmlassungsfrist, was das Einholen der Meinungen umso schwieriger gestaltete. Wir bitten Sie deshalb ein weiteres Mal, in Zukunft auf solche Umstände Rücksicht zu nehmen und längerfristige Zeitplanungen vorzunehmen.

Die FDP des Kantons Thurgau kann grundsätzlich hinter den im Papier aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten und Tendenzen stehen. Der ganzheitliche Ansatz, mit Gesamtblick, wird begrüsst. Teilweise wären aber konkretere Aussagen wünschenswert: Der Wähler erwartet fassbare Ansatzpunkte und konkrete Lösungsvorschläge, damit er sich davon überzeugen lässt, FDP zu wählen. Des Weiteren sei daran zu erinnern, dass die FDP grundsätzlich Liberalismus und Senkung der Staatsquote fordert. Im vorliegenden Papier werden nun aber teilweise Massnahmen vorgeschlagen, welche die Staatskosten erhöhen. Entsprechend ist aufzuzeigen, wie man sich die Finanzierung im Einzelfall (und ohne die Grundforderungen der FDP zu verraten) vorstellt. Schliesslich waren unsere Parteimitglieder teilweise der Ansicht, es fehlten in diesem Papier Themen, die an sich unter diesem Titel zu suchen wären (innere Sicherheit, Justiz etc.). Zu den einzelnen, aufgeworfenen Fragen:

#### **Frage 1**

Der Ausbau der familienexternen Betreuungsangebote ist notwendig, um das Arbeitskräftepotenzial besser nutzen zu können. Die Betreuungskonzepte sind der heutigen Lebenssituation anzupassen. Eine systematische und aktive Förderung ist notwendig, um dieses Ziel zu erreichen, wobei "systematisch und aktiv" nicht mit (ausschliesslicher) staatlicher Finanzierung gleichzusetzen ist: Die liberale Grundhaltung "Privatfinanzierung vor staatlicher Finanzierung" muss in jedem Fall bestehen bleiben. Es wäre wünschenswert wenn die FDP in der Frage der Ausgestaltung des Ausbaus der Betreuungsangebote eine Vorreiterrolle übernehmen würde.



## **Frage 2**

Im Kanton Thurgau ist das Projekt Mentoring, die Betreuung Jugendlicher bei der Suche nach einem Praktikum / Ausbildungsplatz erfolgreich angelaufen, wobei sich dieses Projekt auf die Vermittlung bestehender Ausbildungsplätze beschränkt, was nach Meinung der FDP genügt.

Speranza und Speranza 2000 wird deshalb grundsätzlich unterstützt. Die Idee sollte aber nicht von einer Partei im Alleingang umgesetzt werden. Die Akzeptanz bei den Arbeitgebern ist erst gewährleistet, wenn Parteien, lokale Wirtschaftsverbände und kantonale Stellen zusammenarbeiten.

Es ist seit einiger Zeit festzustellen, dass das Engagement der Stellensuchenden abnimmt. Dies vorab aufgrund fehlender Sozialkompetenz der Jugendlichen. Teilweise ist dieses Problem auf die mangelhafte Unterstützung durch die Eltern zurückzuführen (z. B. weil diese nur schlecht deutsch sprechen). Für diese Kinder müssen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden, damit ihre Chancengleichheit gewährleistet werden kann: „Klassencoaches“, Ausbau der Berufs- und Bewerbungsberatung, bessere Schulung der Lehrer/innen, Schulfächer wie Ethik/Knigge und nicht zuletzt die soziale Integration (auch der Schweizer!) sind unbedingt zu fördern.

## **Fragen 3 und 4**

Einverstanden. Der Staat (und speziell die FDP) hat für einen attraktiven Bildungsplatz Schweiz zu sorgen, nicht die Studenten zu finanzieren. Die meisten Studenten werden nach ihrem Studium gut bezahlte Stellen antreten und in der Regel schnell in der Lage sein, Darlehen zurückzubezahlen und somit wieder neue Studenten zu finanzieren. Stipendien sind damit an sich unnötig.

Die Darlehen sollten günstig zu finanzieren und auf einen Maximalbetrag sein. Ausserdem sollte ein Darlehen in einem bestimmten Zeitraum zurückbezahlt werden müssen. Die Idee der Koppelung der Darlehensbedingungen an Leistungskomponenten wie kürzere Studienzeit etc. ist sehr prüfenswert. Es braucht jedenfalls Anreize, damit nicht noch mehr Studienabbrüche erfolgen oder „ewige Studenten“ der Wirtschaft schaden.

Mit den Grundwerten der Eigenverantwortung und Leistung schliesslich ist eine "permanente Chancengleichheit" nicht vereinbar, da ansonsten die persönlichen Anreize für überdurchschnittliche Leistungen und somit auch überdurchschnittlichen Verdienst verschwinden. Eine Chancengleichheit "jederzeit" ist damit abzulehnen.

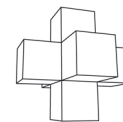
## **Frage 5**

Der Ausbau der familienexternen Betreuungsangebote ist notwendig, siehe Frage 1. Entsprechend ist die Bildung bzw. Eröffnung von Krippen und Tagesstätten etc. nicht unnötig zu erschweren. Die Qualität darf nicht leiden, und eine gute Betreuung muss gewährleistet sein.

Quoten und absoluten Zahlen sind jedoch abzulehnen. Es gibt (vor allem kleinere) Gemeinden, die gar keine oder weniger als 30% an Krippenplätzen benötigen. In den Grosstädten werden wohl mehr als 30% benötigt. Bei solchen Grenzen ist entsprechend auf die demographische Struktur eines Gebiets Rücksicht zu nehmen (Verhältnis Arbeitsplätze - Wohnplätze - Kinderzahlen - Arbeitswege etc.).

## **Frage 6**

Die Idee von Betreuungs- bzw. Bildungsgutscheinen (nicht -gutschriften) muss auf jeden Fall weiterverfolgt werden.



### **Frage 7**

Lohngleichstellung ist sehr wichtig aber auch sehr schwierig. Nicht nur zwischen Mann und Frau sondern auch zwischen gleichgeschlechtlichen Mitarbeitern in der gleichen Funktion. Zudem kann nicht jede Stelle auch als Teilzeitarbeit, Telearbeit oder in Jahresarbeitszeit organisiert werden kann.

Wo immer möglich, sollte aber eine Förderung stattfinden. Unternehmerische Freiheit, auch in Personalentscheidungen, muss jedoch staatlichen Quotenregelungen stets vorgehen. In der globalisierten und "aufgeklärten" Wirtschaft sind die Potenziale weiblicher Führungskräfte bekannt und auch je länger je mehr gesucht. Durch eine Zertifizierung sollte der Wirtschaft auf keinen Fall die Verantwortung abgenommen werden: Liberal heisst Eigenverantwortung - auch der Unternehmen, und auch in diesem Bereich. Die Forderung darf deshalb nicht via staatliche Regelungen erfolgen.

### **Fragen 8 und 9**

Eine variable Pensionierung ist auf jeden Fall erstrebenswert. Das 3-Stufen-Modell ist eine Möglichkeit, die als umsetzbar erscheint.

### **Frage 10**

Wer freiwillig länger arbeitet, soll keine Steuererleichterung erhalten, nur weil er „älter“ ist. Auch hier ist mehr Vertrauen in die liberalen Grundsätze der Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen zu legen, der nicht via Steueranreize zu seinem "Arbeitsglück" gezwungen werden soll. Allerdings sollte der Abbau der Sozialversicherungsbeiträge massiv verringert werden, da diese nicht mehr rentenbildend sind und erfahrungsgemäss sehr motivationshemmend wirken. Sie stellen im Übrigen im internationalen Vergleich ein Kuriosum dar.

Es bleibt zu hoffen, dass das vorliegende Papier nicht nur Propagandamaterial darstellt, sondern gestützt darauf beherzte, ruhig auch einmal provokative, vor allem aber konkrete, visionäre Vorstösse eingereicht werden.

Mit freundlichem Gruss  
FDP des Kantons Thurgau

  
Gabi Badertscher  
Präsidentin

  
Thomas Wehrich  
Geschäftsführer